

23.11.01

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Mitteilung der Bundesregierung zu der Entschließung zur Verordnung zur Novellierung der Trinkwasserverordnung

Der Staatssekretär Dr. Klaus Theo Schröder im Bundesministerium für Gesundheit hat mit Schreiben vom 20. November 2001 zu der o.g. Entschließung (Drucksache 721/00 (Beschluss)), die der Bundesrat in seiner 759. Sitzung am 16. Februar 2001 gefasst hat, folgendes mitgeteilt:

Zu Ihrer Bitte um Prüfung, ob durch eine Anpassung der Ermächtigungsgrundlagen im Gesetz zum Schutz vor Infektionskrankheiten (IfSG) eine Umstellung der Straf- und Bußgeldvorschriften in der Trinkwasserverordnung erfolgen kann, nehme ich wie folgt Stellung.

Festzustellen ist zunächst, dass die bestehende Regelung im IfSG von der Bundesregierung vorgeschlagen und von Bundestag und Bundesrat in dieser Form ohne Vorbehalte beschlossen wurde.

Aus hiesiger Sicht wird gegenwärtig auch kein Änderungsbedarf gesehen, zumal bisher keine praktischen Erfahrungen zur Auslegung dieser Vorschriften vorliegen.

Ich bin deshalb der Auffassung, dass zunächst die ersten praktischen Erfahrungen mit der Umsetzung des Gesetzes und der Trinkwasserverordnung abgewartet werden sollten.